

DIE LINKE.

Region Hannover

Agnes Hasenjäger

Direktkandidatin
im WK 47 Hannover-Land II

Lutherstr. 35

30171 Hannover

h.agnes@gmx.de

Tel. 015222474229

DIE LINKE. Region Hannover Goseriede. 8, 30159 Hannover

Dirk Schulze

IG Metall Verwaltungsstelle Hannover

Postkamp 12

30159 Hannover

Hannover, 16. August 2013

— Lieber Kollege Schulze, liebe IG Metall-Kollegen

Als langjährige aktive Gewerkschafterin sehe ich meine Direkt-Kandidatur vor allem auch unter dem Aspekt der „politischen Bildung“. In Podiumsdiskussionen und Gesprächen mit vielen Bürgern bietet sie mir die Gelegenheit, wichtige Argumente argumentativ zu verbreiten und mich öffentlich mit den Argumenten des Mainstreams auseinanderzusetzen, die meist gegen die Interessen Abhängig Beschäftigter gerichtet sind.

Ein wichtiges Beispiel ist der Mindestlohn. Es erscheint oft so, als wenn das ein Anliegen von minderqualifizierten Randbereichen ist. Ich versuche zu vermitteln, dass der gesetzliche Mindestlohn angesichts weiter Bereiche, in denen kaum noch Tarifikämpfe möglich sind, notwendig ist, um das Lohnniveau von unten zu stützen, also auch die Tariflöhne auf einem vertretbaren Mindestniveau zu halten. Der Mindestlohn ist also auch wichtig für die qualifizierten „Normalbeschäftigten“ – wer kann denn seine Arbeitsbedingungen verteidigen, wenn „draußen“ andere warten, seine Arbeit für weniger Geld zu übernehmen? Auch sind Mindestlöhne im Interesse von allen Konsumgüterproduzenten und Dienstleistern, denn nur bei einem guten Lohnniveau können Konsumgüter und Dienste auch bezahlt werden – sie sind also Grundlage der Binnennachfrage. Über die Höhe des Mindestlohns streite ich mich nicht – die LINKE fordert 10 €, weil das z.Zt. einen Monatslohn über der Pfändungsgrenze gibt - aber selbst von einem Mindestlohn von 5 € würden noch Millionen Nutzen haben. Wichtig ist, dass der Mindestlohn dynamisiert wird – also an Preissteigerungen angepasst wird.

Das Problem der Leiharbeiter und Werkverträge liegt mir besonders am Herzen. Es kann doch nicht sein, dass z.B. bei VW Kollegen mit 5 verschiedenen Verträgen nebeneinander arbeiten! Hier müssen klare gesetzliche Grenzen eingezogen werden – aber auch Betriebs- und Personalräte müssen sensibilisiert werden, dass sie nicht alles zulassen. Jeder Leiharbeiter, der dieselbe Leistung für weniger Geld bringt, gefährdet den Normalarbeitsplatz. Die LINKE fordert bessere Bezahlung für Leiharbeiter wie in Frankreich – wegen der höheren Anforderungen an Flexibilität.

Wo Werkverträge normale Arbeitsverhältnisse ersetzen, nehmen sie dem Beschäftigten jedes Arbeitnehmerrecht. Dies ist eindeutig Missbrauch und müsste auch in Hinblick auf die Sozialversicherungen verboten werden.

Rente mit 67 hat nichts mit Demografischem Wandel zu tun, sondern ist eine Senkung des Rentenniveaus durch die Hintertür. Der Demografische Wandel (und es ist doch schön, wenn mehr Menschen gesund alt werden) lief doch parallel zum technologischen Wandel. Seit den 50ern wurden Millionen Arbeitsplätze durch Maschinen mit weniger Arbeitenden betrieben, die Produktionsmenge wuchs trotzdem. Den Nutzen steckten sich die Unternehmer stillschweigend in die Taschen. Hätte man diese Veränderungen durch Einführung einer „Maschinensteuer“ (Modelle von Ex-Arbeitsminister Ehrenberg) – durch Zahlung der Sozialabgaben nach Betriebsergebnissen und nicht nach Lohnsumme - zugunsten der Beschäftigten abgeschöpft, ständen diese Werte für die Renten zur Verfügung. Wir müssen also zurück zur Rente ab 65, Altersteilzeit muss gerade für körperlich sehr belastende Arbeitsplätze wieder möglich werden. Die LINKE fordert eine Mindestrente von 1050 €, da durch unterbrochene Arbeitsbiografien immer mehr Renten unter der Armutsgrenze liegen.

Für ein gerechteres und effektiveres Bildungssystem brauchen wir vor allem die Integrierte Gesamtschule als Regelschule – das liegt allerdings in Länderhand. Schule muss Kinder in all ihrer Vielfalt fördern und nicht sortieren! Inzwischen ist bekannt, dass das auch gut ist für die (angeblich geborenen) Gymnasiasten. Bei meinem Examen habe ich ein Bild entworfen von einer IGS, in deren Oberstufe auch die berufliche Bildung integriert wäre. Es gibt noch viel zu tun: die Schulen müssen besser ausgestattet sein, mit kleineren Klassen, besser ausgebildeten Lehrern – die gelernt haben, Kinder als Individuen zu sehen, die ganz unterschiedliche Anregungen brauchen, die zu sozialem Handeln angeleitet werden müssen, deren Neugier und Kritikfähigkeit gefördert werden muss. Das kostet viel Geld – wirklich lohnende Zukunftsinvestitionen!

Und Stichwort „Mehr Geld“ – das alles geht nur, wenn wir die Reichen, die 10 %, die 66,6 % des Vermögens besitzen, energischer besteuern – entsprechend Art. 14.2 des Grundgesetz: Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch muss zugleich dem Allgemeinwohl dienen.

Mit solidarischen Grüßen

Agnes Hasenjäger